

## KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

### ■ Anti-Drogen Kampf

Im Zuge eines landesweiten Anti-Drogeneinsatzes der Betäubungsmittelbehörde *Central Narcotics Bureau* wurden zwischen dem 23. September und 27. Oktober 100 Personen verhaftet. Im Fokus der Ermittlungen standen Drogenschmuggler, Dealer und Konsumenten. In Singapur ist der Handel mit Drogen ein Kapitalverbrechen. Mit dem Tod wird bestraft, wer beispielsweise mehr als 15g Heroin, 30g Morphin, 250g Methamphetamine oder 500g Cannabis besitzt. Der Besitz geringer Mengen wird mit empfindlichen Geld- oder Gefängnisstrafen geahndet. Dem Anti-Drogeneinsatz war die Zerschlagung eines Drogensyndikats

Ende September 2016 vorausgegangen, bei der zwei Singapurer und ein Malaysier verhaftet wurden. Den Festgenommenen droht aufgrund der beschlagnahmten Menge an Betäubungsmitteln die Todesstrafe. Drei weitere mutmaßliche Konsumenten und Dealer wurden im folgenden Einsatz mit Mengen an Heroin verhaftet, die ebenfalls über der Strafmaß-Bemessungsgrenze der Todesstrafe liegen. Deutlich über der Bemessungsgrenze zur *mandatory death penalty* lagen außerdem sechs mutmaßliche Schmuggler, die mit insgesamt 2,3 kg Heroin, 260g Meth und weiteren Substanzen verhaftet wurden. In Singapur wurden seit

1991 über 400 Personen wegen des Verstoßes gegen den *Misuse of Drugs Act* gehängt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen wie *Secondchances* oder das *Anti-Death Penalty Asia Network* setzen sich seit Jahren für die Abschaffung der Todesstrafe in dem Stadtstaat sowie für ein gesellschaftliches Umdenken ein. Dennoch besteht in Singapur auch weiterhin das breite gesellschaftliche Rechtsverständnis, dem Umgang mit Drogen mit harter Hand zu begegnen und mit Höchststrafen zu belegen.

*The Straits Times*, 14.10.2016

*The Malay Mail Online*, 27.10.2016

*The Online Citizen*, 2.11.2016

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit Forschungsschwerpunkt Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung sowie besonderem regionalen Interesse an Malaysia und Singapur.

### ■ Meinungsfreiheit an der Speakers' Corner

Die Regierungspartei PAP (*People's Action Party*) ist für ihre autoritäre Haltung zur Meinungsfreiheit bekannt. Das öffentliche Meinungsbild wird anhand parteilicher Wertvorstellungen geformt und Kritik aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Dies gilt für die gesamte Medienlandschaft – Print, TV, Radio, elektronische Medien – jedoch auch für die Öffentlichkeitsarbeit oppositioneller Gruppen. Mit dem Ziel, Singapurs demokratischen Schein auszubauen, wurde im Jahr 2000 im *Hong Lim Park* die *Speakers' Corner*, eingerichtet, ein Versammlungsplatz, auf dem es der Wohnbevölkerung gestattet ist, ihre politische Meinung strafrei öffentlich auszudrücken. Seit der Eröffnung wurde der Platz zunehmend für Veranstaltungen zivilgesellschaftlicher Gruppen genutzt und entwickelte sich zu einer (wenngleich regulierten)

Oase des gesellschaftlichen Diskurses. Seit 2009 fand hier die jährlich stattfindende *Gay Pride*-Veranstaltung *Pink Dot* statt, auf der Singapurs LGBT-Community gegen die restriktive Haltung gleichgeschlechtlicher Beziehungen demonstrierte. Gestützt von multinationalen Sponsoren wie Facebook, Google und Goldman Sachs stieg die Teilnehmerzahl der Veranstaltung stetig an und gewann im gesellschaftlichen Diskurs zu Homosexualität zunehmend an Bedeutung (*Südostasien* 1/2016). In Reaktion auf die wachsende Größe von Veranstaltungen und deren kritischer Einstellung zur Regierungshaltung ließ das Innenministerium am 21. Oktober 2016 in einer Pressemitteilung verkünden, dass die Unterstützung ausländischer Investoren für Veranstaltungen nicht weiter gestattet werde. Sponsorentätigkeit

ausländischer Unternehmen werde mit Genehmigung gestattet, wenn der Veranstaltungsinhalt nicht »gesellschaftlich umstrittene Fragen« thematisiere. Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisierten die Entscheidung mit der Befürchtung, zukünftige Veranstaltungen nicht länger finanziell realisieren zu können. Die Verordnung könnte für zivilgesellschaftlicher Gruppen jedoch fundamentale Konsequenzen nach sich ziehen: Das in Singapur bestehende Verbot des organisierten politischen Engagements, von dem nur registrierte politische Parteien und Organisationen ausgenommen sind, könnte auf die *Speakers' Corner* ausgeweitet werden. NGOs könnten politischen Parteien gleichgestellt werden und erhielten engere Auflagen für ihre Arbeit.

*Ministry of Home Affairs*

*Press Releases*, 21.10.2016